

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 75 (2004)
Heft: 1

Artikel: Auszüge aus Zeitungsinterviews von Christoph Blocher und Hans-Rudolf Merz : die zwei neuen Bundesräte wollen viel Geld sparen
Autor: Roth, Hans Peter / Blocher, Christoph / Merz, Hans-Rudolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-804362>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Auszüge aus Zeitungsinterviews von Christoph Blocher und Hans-Rudolf Merz

Die zwei neuen Bundesräte wollen viel Geld sparen

Hans Peter Roth

Die Sozialwerke kosten immer mehr Geld. Die Schulden der Schweiz steigen ständig. Und Christoph Blocher und Hans-Rudolf Merz wollen Milliarden sparen. Das kann auch einschneidende Auswirkungen auf die Institutionen haben, die teilweise von öffentlichen Geldern abhängig sind. Die Verantwortlichen der Institutionen beobachten die Kürzungsrunden mit Aufmerksamkeit und bangen um die Unterstützung des Bundes und der Kantone. In Zeitungsinterviews haben sich die beiden neuen Bundesräte kurz vor und nach den Wahlen vom 10. Dezember zum Sparwillen und zu den Sozialwerken geäussert.

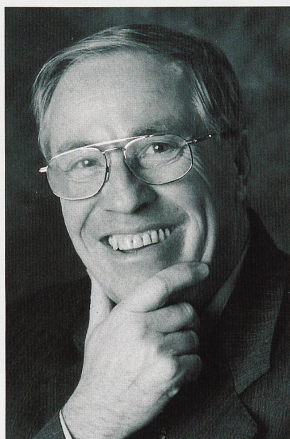


Foto: SVP

«Ich gebe mich keinen Illusionen hin: Die Wahl meiner Person entstammt verschiedenen Motiven. Aber ich werde versuchen, alles, was in meiner Kraft steht, in dieser Regierung zu bewirken, dass wir die grossen anstehenden Probleme des Landes, die ich als grösser bezeichne als sie allfällig angenommen werden, gelöst werden können.»

«Bei jedem Ausbau des Sozialstaats, bei jeder Steuererhöhung wie zum Beispiel der CO₂-Abgabe wird die SVP das Referendum ergreifen. Und immer mehr haben wir die Wirtschaft auf unserer Seite. Man hat dort genug.»

«Nur die Selbstverantwortung schützt das Land vor der Verarmung. Nur das kann unseren Staat überhaupt retten. Jeder muss zuerst einmal für sich selbst verantwortlich sein. Nur, wenn jemand nicht im Stande ist für sich selbst zu sorgen, weil er zu schwach oder krank ist, hat der Staat, die Fürsorge, zu helfen. Solidarität kann aber nicht heissen, dass wir einfach allen Geld verteilen, so dass keiner mehr für sich selbst schauen muss. Sonst gehen schlussendlich alle zugrunde.»

«Das Ziel muss heissen: Mit weniger Geld eine hohe Leistung erzielen.»

«Bei den Sozialversicherungen gilt es Zukunftsprobleme zu lösen. Erst später sieht man dann, ob etwas verändert werden muss.»

«Es steht um die Schweiz schlechter, als man allgemein annimmt. Unser Land ist wie ein Unternehmen, das jahrelang gut gelaufen ist: Die Angestellten bekommen immer noch ihren Lohn, die Rechnungen werden bezahlt, nach aussen hin sieht alles gut aus. Aber der Schein trügt, denn das Unternehmen sitzt mittlerweile auf einem riesigen Schuldenberg, der ständig wächst.»

«Es ist meine Überzeugung, dass man nicht immer nur jammern kann, sondern selber anpacken und sich einbringen muss.»

«Dass die Bevölkerung nicht mehr wächst und stetig altert, stellt für das Gemeinwesen und die Vorsorgeeinrichtungen ein grosses Problem dar. Soll der Staat deshalb eingreifen? Soll er auf das Verhalten der Leute einzuwirken und den Entscheidungen zum Kinderkriegen zu fördern suchen? Als jemand, für den die Eigenverantwortung im Vordergrund steht, stosse ich hier sehr rasch an Grenzen. Doch ich bin offen, über Lösungen zu diskutieren. Man kann sich etwa fragen, ob man den Familien mit Steuerentlastungen unter die Arme greifen oder Kinderkrippen unterstützen soll»

«Im Zusammenhang mit den Sozialversicherungen frage ich mich, ob man nicht den Mut haben müsste, darüber nachzudenken, für die AHV ein neues Haus zu bauen. Am heutigen Haus wird dauernd repariert. Wir sollten uns überlegen, ob wir das Haus nicht aus dem Bund ausgliedern und einen weit entfernt liegenden Umzugstermin definieren sollten. Ins Gepäck sollte diese neue Versicherung auch Mehrwertsteuerprozente bekommen.»

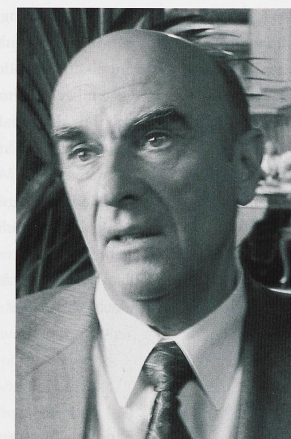


Foto: FDP

«Es ist auch gesagt worden, die Jugend sei nicht mehr vertreten. Wir müssen aber dafür sorgen, dass die Jugend überhaupt noch eine Zukunft hat: Wenn wir dauernd Schulden aufbauen – jetzt bald sind wir bei 150 Milliarden, was bei vier Prozent Zinsen sechs Milliarden Franken pro Jahr ausmacht, doppelt so viel, wie für Landwirtschaft und Bildung und Forschung ausgegeben werden –, ermöglichen wir der Jugend keine Zukunft mehr. Ich muss fragen, wie man sich die Zukunft vorstellt, wenn wir heute jeden Franken, den wir einnehmen, wieder ausgeben und noch einen dazu.»

KOMMENTAR Hochseilakt für Bundesrat und Parlament

■ Hansueli Möslle, Direktor Curaviva

Die kommenden Jahre werden wohl von zunehmenden finanz- und sozialpolitischen Spannungen, von Verteilungskämpfen und stets weniger frei verfügbaren staatlichen Mitteln gekennzeichnet sein. Demographische Entwicklung, Staatsdefizite auf Bundes- und Kantonsebene verbunden mit Schuldenbergen sowie der immer noch stotternde Wirtschaftsmotor dürften die Probleme sein, denen sich das neue Bundesratskollegium stellen müssen. Aber auch die beiden neugewählten Bundesratsmitglieder Christoph Blocher und Hans-Rudolf Merz, denen man angesichts dieser Problemfelder Tatkraft und Kompetenz nicht absprechen kann, werden nicht einfach schalten und walten können, wie sie es für richtig befinden. Sie werden sich vielmehr einer starken Gegnerschaft im Parlament gegenübersehen. Hier die Balance zu finden zwischen sozial und wirtschaftlich verträglichen Lösungen, ist wahrlich ein Hochseilakt sowohl für den Bundesrat wie für das Parlament. Wer nun aber vor diesem Hintergrund unsere neu zusammengesetzte Landesregierung kurzum als «Altherrenregierung, die sicher nicht an die sozial Schwächeren denkt», definiert, wie dies eine frischgebackene Nationalrätin tat, macht es sich entschieden zu leicht und verführt zum Vorurteil. Insbesondere wird dabei die Tatsache verkannt, dass politische Lösungen in unserem Land von Bundesrat und Parlament getragen werden müssen. Dies gilt namentlich auch für die wirtschaftsverträgliche Sicherung unserer Sozialwerke. ■

Zitate aus NZZ, Tages Anzeiger, Berner Zeitung, Neue Luzerner Zeitung, Die Südostschweiz, SonntagsBlick, SonntagsZeitung, Weltwoche.

«Sozialpolitik wird uns in den nächsten Jahren mehr denn je beschäftigen. Mittelknappheit und neue Gesellschaftsstrukturen zwingen Politiker und Akteure aus dem Sozialwesen zum Umdenken.

Im Folgenden sollen die Umwälzungen im Sozialbereich anhand dreier Beispiele vorgestellt werden: Der Sicherung der Sozialwerke (Seite 6), der Gesundheitsfinanzierung (Seite 12) und der Mündigkeit der Behinderten (Seite 16).» (roh)